

Nicole Lindstrom, Dóra Piroska

Slowenischer Weg? Die Politik der „Europäisierung“ in Europas südöstlicher Peripherie

1. Einleitung

„Slowenien: die sonnige Seite der Alpen“. Dieser Slogan eines slowenischen Tourismusbüros zielt darauf ab, die Aufmerksamkeit potenzieller Besucher auf das oft übersehene kleine Land an Europas Peripherie zu lenken. Aber nicht nur als Reiseziel, auch als Thema in der akademischen Literatur über die EU-Bewerberstaaten Mittel- und Osteuropas findet Slowenien kaum Erwähnung. Während viele Studien die Prozesse der zunehmenden Ausrichtung nach Europa in Polen, Ungarn und Tschechien untersuchen, wird Slowenien nur relativ wenig Beachtung geschenkt. Die vorliegende Fallstudie versucht diese Lücke zu schließen. Unter der „sonnigen Seite der Alpen“ könnte man auch die Umkehrung der üblichen Darstellungen verstehen, in denen das „Zentrum“, die Europäische Union, als das einzige Licht beschrieben wird, dem alle Europäischen Staaten zu folgen haben. Slowenien stellt insofern einen interessanten Fall dar, als dass sich anhand der Entwicklung des Landes nicht nur alternative Wege nach Europa, sondern auch die Transnationalisierung des europäischen politischen Raumes untersuchen lassen.

Die Studie gliedert sich in drei Abschnitte. Zunächst geben wir einen Überblick über gegensätzliche theoretische Ansätze zur Erklärung der „Europäisierung“ (d.h. der Ausrichtung an der EU) mittel- und osteuropäischer EU-Bewerberstaaten. Anstelle einer strikten „Top-down“-Sichtweise dieses Prozesses sollten unserer Ansicht nach eher die verschiedenen Weisen untersucht werden, in denen die allgemeinen, durch die zunehmende Orientierung an EU-Europa hervorgerufenen Zwänge in den lokalen Kontexten jeweils verarbeitet werden. Im zweiten Abschnitt konzentrieren wir uns dann auf den Fall Slowenien, um in diesem speziellen Kontext zu untersuchen, wie allgemeine Zwänge auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Intensität in nationale „Modelle“ und Praktiken eindringen. Im Einzelnen untersuchen wir dabei zwei Seiten der Europäisierung – die Restrukturierung des slowenischen

Bankensektors und den jüngsten politischen Tumult um die Privatisierung einer slowenischen Brauerei. Dabei wird deutlich, wie sich der Prozess der Ausrichtung an Europa nicht nur in der Sphäre der Politik auswirkt, sondern mit hitzigen öffentlichen Debatten einher geht. Im dritten Abschnitt skizzieren wir eine Typologie verschiedener Formen der Vermittlung dieses Prozesses in der Öffentlichkeit. Abschließend machen wir deutlich, dass die theoretische Erfassung des Prozesses der „Europäisierung“ der Länder Mittel- und Osteuropas (MOE) auf nationaler wie auf europäischer Ebene eine weitaus breitere Palette von Akteuren berücksichtigen müsste als bisher üblich.

2. Die „Europäisierung“ der mittel- und osteuropäischen Peripherie

Seit Mitte der 90er Jahre greift die Forschung im Bereich der Europa-Studien wieder auf dependenztheoretische Ansätze zurück – nicht zuletzt als Reaktion auf die wenig befriedigenden Ergebnisse der mittlerweile unüberschaubar gewordenen Literatur zur „Europäisierung“. Die Aktualisierung der Dependenztheorie im Kontext der Europäischen Union schließt gleichermaßen eine Erneuerung der Strukturanalyse wie eine Neuinterpretation geschichtlicher Entwicklungen ein, wobei eine ganze Reihe von theoretischen Traditionen, wie der Neomarxismus, der Strukturalismus, die Regulationsschule und die „post-colonial studies“ fruchtbar gemacht wird. Die gegenwärtige Neukonzeptionalisierung der Zentrum-Peripherie-Beziehungen integriert zudem jüngere Entwicklungen in den Sozialwissenschaften, die in verschiedener Hinsicht eine Verlagerung von strukturalistischen zu institutionalistischen Ansätzen implizieren (van Apeldoorn 2001; Bohle in diesem Heft). Damit wird in Frage gestellt, dass Theorien, die für die bisherigen EU-Mitgliedsstaaten konzipiert wurden, auch für das Verständnis der einzigartigen Europäisierungsdynamiken in den Bewerberstaaten der Peripherie hilfreich sind. Das zusätzlich zu den beträchtlichen Unterschieden in der ökonomischen Entwicklung bestehende asymmetrische politische Verhältnis zwischen dem Zentrum der EU und der Peripherie erfordert dieser Kritik zufolge eine stärker strukturell orientierte Analyse. Im folgenden Abschnitt untersuchen wir zunächst kurz einige dieser Argumente, wobei die Punkte herausgestellt werden sollen, an denen unsere Kritik ansetzt bzw. an denen weiterer Klärungsbedarf besteht.

Von einigen Autoren wird insbesondere die asymmetrische Natur des Prozesses der Beitrittsverhandlungen herausgestellt (Böröcz 2000). Diese Ansicht steht im Gegensatz zur üblichen Darstellung der Beitrittsverhandlungen als eines grundsätzlich bilateralen Unternehmens, innerhalb dessen zwei symmetrische Einheiten – die Europäische Kommission und die Verhandlungsteams der Bewerberstaaten – einander in freien Kommunikationsstrukturen gegenüberstehen. Stattdessen wird vor allem die strukturelle Asymmetrie der Verhandlungen betont: den Bewerberländern ist es in der Regel nicht möglich

bestimmte Handlungsvorgaben in ausgewählten Politikfeldern zu verweigern, sie können die Bedingungen der EU meistens nur gänzlich akzeptieren. Anstatt dass die Beitrittsverhandlungen den Entscheidungsinstanzen in den Bewerberstaaten Raum ließen, zwischen verschiedenen Forderungen der EU abzuwägen, schrumpft der Beitrittsprozess zu einem „take it or leave it-Angebot“ zusammen. Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass verschiedene Akteure der Mitgliedsländer auf vielen Ebenen der EU ihre Interessen vertreten können (Marks/Hooghe/Blank 1996), während die Verhandlungen zwischen den Bewerberstaaten und Brüssel ausschließlich zwischen den staatlichen Exekutiven und der Europäischen Kommission geführt werden. Bevor die Bewerberstaaten eine offizielle Mitgliedschaft in der EU erhalten, sind sie daher von einer effektiven Partizipation an den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, die schließlich jeden Bereich ihrer Gesellschaften prägen werden. Diese nach demokratischen Maßstäben völlig unzulängliche Situation wurde bisher nur selten kritisiert.

Andere Ansätze betonen, dass die Literatur über die von den Entwicklungsländern im Rahmen der „Konditionalität“ von Kreditvergaben geforderten „Strukturanpassungsmaßnahmen“ für die Osterweiterung möglicherweise relevanter ist, als die auf der Vorstellung von „Anpassungsfähigkeit“ basierenden Theorien, die immer ein bestimmtes Maß an Autonomie implizieren (Smith 1997; Grabbe 1999). Sobald Bewerberländer formale Verhandlungen mit der EU aufgenommen hatten, wandelte sich das Verhältnis zwischen ihnen und der EU von einer indirekten Einflussnahme hin zur direkten Machtausübung (Rupnik 2000). So wurden einige Bewerberländer aufgefordert, noch striktere Standards einzuhalten, als sie den gegenwärtigen Mitgliedsstaaten auferlegt werden. Die Wettbewerbspolitik ist dafür ein bemerkenswertes Beispiel (Estrin/Holmes 1998). Dieser Sichtweise zufolge führte das Streben der MOE-Staaten nach einem EU-Beitritt schließlich zu einer asymmetrischen und abhängigen Beziehung, die eher Ähnlichkeiten mit anderen „Entwicklungsländern“ aufweist als mit Staaten des entwickelten Zentrums (Jacoby 2002).

Um die asymmetrische Beziehung zwischen dem Zentrum der EU und ihrer osteuropäischen Peripherie zu beleuchten, wird die zunehmende Orientierung an Europa als strikter Top-down-Prozess beschrieben, in dem die Bewerberstaaten passiv Auflagen der EU erhalten und diese dann implementieren. Bohle (vgl. ihren Beitrag in diesem Heft) erweitert diese Kritik durch die Einführung eines theoretischen Konzeptes, das eine Analyse des Wandels der zugrundeliegenden Annahmen der Akteure sowohl in der EU als auch in den Bewerberländern gestattet. Ihr zufolge ist die gesamte Strategie der ökonomischen Integration der mittel- und osteuropäischen Länder durch ein übergeordnetes Projekt der neoliberalen Restrukturierung auf EU-Ebene motiviert. Der Export einer marktradikaleren Variante des Neoliberalismus in Bewerber-

staaten ohne die gleichzeitige Übertragung der inkludierenden Momente des EU-Projektes bediene die Interessen derjenigen Akteure, die versuchen, aus den Differenzen in sozialen und Lohnstandards Nutzen zu ziehen. Zudem komme die Europaorientierung auch den Interessen der Eliten in den Bewerberstaaten entgegen, die externe Gründe für eine ökonomische Restrukturierung suchen und bestehende transnationale wirtschaftliche Verbindungen sowie ihren politischen Einfluss festigen wollen. Indem Bohle die Auswirkungen der EU auf die Bewerberstaaten auf diese Weise als Beschränkungen in der Entwicklung dieser Staaten begreift, zeigt sie einen Rückkopplungseffekt des Erweiterungsprozesses auf: die neoliberale Restrukturierung des politischen Systems der EU im Zuge der Neudefinition dieser Beschränkungen. Gleichzeitig stellt sie mit der Untersuchung der Interessen der involvierten Akteure – die der Eliten in den Bewerberstaaten als auch die der Länder des Zentrums – die einfache Top-down-Wahrnehmung der „Europäisierung“ der östlichen Peripherie in Frage.

Diese verschiedenen Strukturanalysen des Beitrittsprozesses haben eine beträchtliche intuitive und analytische Anziehungskraft. In unserer Fallstudie über Slowenien weisen wir jedoch darauf hin, dass man bei Betrachtung des Prozesses der Annäherung der MOE-Länder an EU-Europa auch die Art und Weise anerkennen muss, in der die oben umrissenen allgemeinen Zwänge in den verschiedenen nationalen Kontexten behandelt und vermittelt werden bzw. wie auf diese jeweils reagiert wird (Hay 2000: 51). Die ausschließliche Betonung der „Top-down“-Wirkung der „Europäisierung“ auf inländische Institutionen und Entscheidungsprozesse verhindert oft Fragen danach, wie die EU in den Bewerberstaaten Innenpolitik zum Teil erst konstituiert. Es ist daher nötig, der Frage mehr Aufmerksamkeit zu widmen, inwiefern die „Europäisierung“ (hier verstanden als Diskurs *und* als Praxis) Akteure und Interaktionen zwischen diesen Akteuren in den einzelnen Bereichen des jeweiligen Landes beschränkt bzw. stärkt (Bourdieu 1991, Leander 2001). Von der Forderung nach einem ausgedehnteren Verständnis von „Europäisierung“ erhoffen wir uns eine bessere Einsicht in die inkrementalen Prozesse der Abgrenzung der spezifischen Kontexte und Bedeutungssysteme, in denen die jeweilige Europapolitik der Bewerberstaaten gelenkt und legitimiert wird. Dennoch reicht eine Untersuchung der Bemühungen bestimmter politischer und ökonomischer Eliten um den Europäisierungsprozess in den jeweiligen Staaten nicht aus. Ebenso müssen die miteinander im Wettbewerb stehenden Diskurse innerhalb dieser dominierenden Schichten offengelegt werden. Indem wir den Blick stärker auch auf randständige Positionen richten, werden die verschiedenen Konzeptionen von Europa bzw. die unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich der Europäischen Integration deutlich. In der umfangreicher werdenden Literatur über die Erweiterung der EU um die MOE-Kandidatenländer fehlte eine solche Perspektive sehr lange.

Indem die „Europäisierung“ Mittel- und Osteuropas als Set von historisch kontingenten und lokal gebundenen Prozessen aufgefasst wird, geraten die in ihrer Art und Intensität unterschiedlichen Auswirkungen allgemeiner Zwänge auf die nationalen Politiken bzw. die Frage, inwieweit diese Zwänge die nationale politische Praxis in Frage stellen oder verstärken, in den Blick. Eine „strukturalistische“ und eine „konstruktivistische“ Betrachtung sollten sich daher nicht ausschließen, sie sind eher komplementär. Zwar sind asymmetrische ökonomische und politische Beziehungen zwischen der EU und den Kandidatenstaaten ganz offensichtlich von Bedeutung. Dennoch sollten diese Veränderungen in den ökonomischen Verhältnissen nicht als die einzige Seite sozialer Interaktionen angesehen werden, sondern als ein Teil der sich ändernden Natur politischer Kämpfe. Wir richten unsere Aufmerksamkeit vor allem auf die Akteure und Stakeholder, die die EU-Direktiven politisch umsetzen, da unserer Ansicht nach die Wirkung der strukturellen Zwänge weitgehend von solchen lokalen Neuinterpretationen abhängig ist. Mit Blick auf die slowenische Politik können wir so zeigen, dass die aktuelle Entwicklung des Kapitalismus in Slowenien, wie in anderen Ländern in MOE auch, nicht eine einfache strukturelle Anpassung war, sondern ein von lokaler Vermittlung und historischen Institutionen abhängiger Prozess. Dieser Ansatz führt zu einem erweiterten Verständnis des Annäherungsprozesses an die EU, das auch einen breiteren politischen Bereich mit einschließt. Wir stellen somit auch die Darstellung der mittel- und osteuropäischen Eliten – und Bevölkerungen – als passive Beobachter (oder Opfer) des Europäisierungsprozesses in Frage, indem wir sie als aktiv in die Gestaltung dieses Prozesses bzw. in die dabei stattfindenden Kämpfe involvierte Akteure betrachten.

3. Der slowenische Weg?

Die „Rückkehr nach Europa“ war ein bekanntes Motto der slowenischen Bewegung für die Unabhängigkeit von Jugoslawien. Verkörpert wurde sie 1990 durch den auf Demonstrationen verbreiteten Slogan „Europa jetzt!“ (*Evropa zdaj!*). Slowenien ist heute unter allen EU-Aspiranten derjenige Kandidat, der dem Ziel einer vollwertigen EU-Mitgliedschaft am nächsten gekommen ist. Im Juni 2002 waren die Beitrittsverhandlungen mit Slowenien am weitesten fortgeschritten – 27 Kapitel sind bereits vorläufig abgeschlossen. Darüber hinaus hört sich die Entwicklung Sloweniens wie eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte an. Mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 70 Prozent des EU-Durchschnitts übersteigt Sloweniens Wirtschaftskraft die aller anderen Bewerberstaaten und ist fast ebenso hoch wie die von EU-Mitgliedern wie Griechenland, Portugal und Spanien. Von Slowenien wird daher erwartet, dass es bei der Erfüllung der drei Kopenhagen-Kriterien wenig Schwierigkeiten haben wird. Sloweniens wirtschaftlicher Erfolg ging einher

mit einem sehr langsamen Privatisierungsprozess, der Errichtung zahlreicher Barrieren für ausländisches Kapital und nur mäßigen ausländischen Investitionen. Um Aufschluss über die „Europäisierung“ des Slowenischen Kapitalismus zu erhalten, ist eine Analyse dieser eher widerwillig durchgeführten Reorganisation der slowenischen Ökonomie notwendig.

3.1 Ausländische Direktinvestitionen: Slowenische Unternehmen zwischen inländischem und ausländischem Besitz

In Bezug auf das Verständnis der Rolle ausländischer Direktinvestitionen (ADI) von EU-Ländern in den Ländern Mittel- und Osteuropas existieren zwei sehr allgemeine, gegensätzliche Ansichten. Neoklassische Ökonomen behaupten, dass ausländische Direktinvestitionen Wissen, Technologie und weitere Investitionen anziehen, Zugang zu neuen Märkten eröffnen und auf diese Weise die Wettbewerbsvorteile lokaler Unternehmen und Industrien erhöhen. Angesichts dieser Erwartung positiver Wirkungen ist es nicht überraschend, dass die Eliten Mittel- und Osteuropas eine Wirtschaftspolitik verfolgten, die darauf abzielte, ihre Länder für ausländische Direktinvestitionen attraktiv zu machen. Eine weitaus weniger positive Wirkung wird ihnen dagegen in der Literatur, die sich mit Entwicklungsländern beschäftigt, zugesprochen. Wie Holman in diesem Heft ausführt, „wird die entscheidende Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen hinsichtlich der Transformation der Ökonomien in MOE durch den rigorosen 'Regime-Wettbewerb' zwischen den jeweiligen Regierungen widerspiegelt, der den unverhältnismäßigen politischen Einfluss transnationalen Kapitals noch einmal steigert. Mit anderen Worten, die nationalen Regierungen in MOE werden den Politiken anderer Regierungen in der Region und den Investitionsentscheidungen des transnationalen Kapitals, der sogenannten strukturellen Macht des Kapitals, unterworfen.“

Während die beiden genannten Ansichten ADI entweder befürworten oder kritisieren, wollen wir über die Diskussion der Frage, in welchem Maße sie für eine Wirtschaft nützlich sind, hinausgehen und die Aufmerksamkeit auf das politische Element ausländischer Direktinvestitionen in MOE richten. D.h. wir analysieren die Art und Weise, in der ADI unter den politischen Eliten verhandelt werden und fragen, inwieweit sie Gegenstand der politischen Debatte sind. Slowenien bietet in dieser Hinsicht reichhaltiges Anschauungsmaterial, seit mit seinem Schritt in die Unabhängigkeit die ausländischen Direktinvestitionen zu einem umstrittenen und umkämpften Thema geworden sind. Unsere Betrachtung der ADI hinsichtlich ihrer Interpretation in lokalen Zusammenhängen wirft Licht auf eine Facette der „Europäisierung“, die in den strukturalistischen Argumentationen oft fehlt.

Statistiken zufolge erhielt Slowenien in den vergangenen zehn Jahren die we-

nigsten ausländischen Direktinvestitionen von allen der am weitesten entwickelten MOE-Länder. Ein Vergleich der Direktinvestitionsströme aus dem Ausland in die fünf führenden MOE-Länder zwischen 1988 und 1999 in Tabelle 1 macht deutlich, dass Slowenien einen signifikant niedrigeren Anteil an ADI aufweist.

Tabelle 1: *Prozentualer Anteil der ins Land fließenden ADI an der Bruttofixkapitalbildung*

	1988-94 jähr. Durchschnitt	1995	1996	1997	1998	1999
Tschechien	6.4	15.4	7.7	8.0	23.6	44.5
Estland	28.2	21.8	12.9	20.6	38.3	23.6
Ungarn	15.7	49.7	23.5	21.4	18.3	18.8
Polen	5.2	15.5	15.1	14.5	15.9	17.8
Slowenien	1.5	1.8	2.0	3.7	1.8	2.0
<i>Durchschnitt</i>	<i>9.4</i>	<i>15.0</i>	<i>12.6</i>	<i>19.6</i>	<i>22.6</i>	<i>21.2</i>

Quelle: Bevan, Estrin, Grabbe (2001)

Ebenso ist der Anteil des privaten Sektors an der Wertschöpfung als Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Slowenien am niedrigsten. Nur 50 Prozent des BIP stammen in Slowenien aus Unternehmen in privater Hand.

Tabelle 2: *Anteil des Privatsektors an der Wertschöpfung 1990-1998 (in Prozent vom BIP)*

Tschechien		Estland		Ungarn		Polen		Slowenien	
1990	1998	1990	1998	1990	1998	1990	1998	1990	1998
12.3	77.3	10	70	25	85	30.9	69.9	15	50

Quelle: Hunya (2001: 135).

Einige Autoren sind der Ansicht, dass der Mangel an Auslandsinvestitionen in Slowenien in erster Linie auf dessen geringe Marktgröße, seine unmittelbare Nähe zur konfliktträchtigen Region Jugoslawien und auf eine allgemeine Unsichtbarkeit des Landes auf dem Weltmarkt zurückzuführen sei. Unserer Meinung nach beruht das niedrige Niveau ausländischer Investitionen jedoch nicht einfach auf einem geringen Interesse seitens potenzieller Investoren. Vielmehr neigen wir zu folgenden Erklärungen: Zum einen können die niedrigen Investitionen den zahlreichen institutionellen Schranken zugeschrieben werden, u.a. der slowenischen Marktregulation und insbesondere dem langsamen Privatisierungsprozess. Zum anderen (und dies ist für unsere Argumentation von Bedeutung) werden durch verschiedene öffentliche Diskussionen dem Bestreben Sloweniens, ausländische Direktinvestitionen zu akquirieren, „ideelle“ Grenzen gesetzt. Slowenen äußern ein entschieden ambivalentes Verhältnis zu ausländischen Investoren – erst kürzlich titelte die Zeitschrift *Business Central Europe*: „Sind ausländische Investoren in Slowenien willkommen?“

3.2 Privatisierer wider Willen: Der slowenische Bankensektor

Seit das Land 1991 die Unabhängigkeit erreichte, dauert die Restrukturierung des slowenischen Bankensektors an. Im Gegensatz zu vielen MOE-Ländern entschied sich Slowenien dafür, nicht der traditionellen neoliberalen Doktrin zu folgen und verweigerte sich weitgehend einer Öffnung des Bankensektors für private Investoren. Ist die „Europäisierung“ im Sinne eines strikten Anpassungsprozesses an vorgefertigte Normen und Regeln bereits in der slowenischen Wirtschaft allgemein fast ein Paradox, so ist sie es ganz besonders im Bankensektor. Während der 90er Jahre versuchten die slowenischen Behörden gleichzeitig, sowohl ihren Binnenmarkt zu schützen als auch das Land auf die Mitgliedschaft in einer Wirtschaftsgemeinschaft vorzubereiten, deren klare Priorität der freie Zugang aller Beteiligten zu den Ökonomien der Mitgliedsländer ist (wenngleich dieser oft nicht erreicht wird). Gerade bei den Politikfeldern, die mit dem Bankwesen zu tun haben, wurden seitens der slowenischen Entscheidungsträger Lösungsansätze verfolgt, die einem strikt adaptiven Verständnis der „Europäisierung“ entgegenstehen.

1991 waren die meisten slowenischen Banken aus vielerlei Gründen verschuldet, u.a. aufgrund der Fremdwährungskonten und intensiver staatlicher Interventionen in die Kreditvergabepolitik der Banken. Zudem stellte die Abspaltung Sloweniens von Jugoslawien das Finanzsystem des Landes vor gewaltige Anforderungen, u.a. durch die Einführung einer neuen Währung, den Mangel an Finanzreserven und schließlich durch die Kontroverse um die Verteilung der Auslands- und Inlandsschulden der ehemals jugoslawischen Banken auf die einzelnen Nachfolgestaaten. Die Wiederherstellung des Bankensektors begann 1991 mit einem entsprechenden Bankengesetz. Erarbeitung und Implementation des zugrundeliegenden Regierungsprogramms zur Wirtschaftsreform wurden dabei stark durch Jeffrey Sachs und sein Beraterteam geprägt. Das Programm stand daher auch im Einklang mit dem „Washington-Consensus“, nach dem Sachs bereits ähnliche Programme für Regierungen der frühen 90er Jahre angefangen von Argentinien und Bolivien bis hin zu Russland und der Mongolei entworfen hatte. Allerdings standen die frühere kommunistische Opposition und interessanterweise auch die Mitglieder des Beratungsausschusses der Zentralbank einschließlich des Finanzministers Jože Mencinger den ausländischen Beratern äußerst kritisch gegenüber und formulierten im Gegenzug alternative Reformpakete. Die Privatisierung, so wie sie von Sachs und seinem Team vorbereitet worden war, wurde darüber hinaus auch noch durch die dritte Kammer des slowenischen Parlamentes blockiert, das erst später eine stark modifizierte Version absegnete (Sachs/Pleskovits 1994). Aufgrund zahlreicher Kontroversen um Eigentum und Kontrolle wurden schließlich bis 1993 keine weiteren Schritte in Richtung einer tatsächlichen Rekonstruktion des Bankensektors unternommen.

1994 wurde der Staat zum Haupteigentümer der Banken, da er die Schulden, die von den Banken nicht mehr zurückgezahlt werden konnten, übernahm und in staatliche Wertpapiere verwandelte. Damit hielt der Staat fast 50 Prozent des Aktienkapitals des Bankensektors. Darüber hinaus fanden, obwohl der Prozess der Wiederherstellung des Bankensektors schon 1997 als abgeschlossen galt, bis 2000/2001 im Unterschied zu den anderen Ländern in der Region keine ernsthaften Verhandlungen mit ausländischen Investoren über die Privatisierung der beiden größten Banken statt. Zwar haben sich alle MOE-Länder dem Übergang zur „Marktwirtschaft“ verschrieben, doch für Slowenien erhalten wir ein einzigartiges Resultat: Hier setzte sich ein eher protektionistisches Konzept durch. Berücksichtigt man den globalen Kontext einer allgemeinen Wende zu mehr Liberalisierung und Privatisierung der Finanzmärkte seit den frühen 90er Jahren dann erscheint diese Zurückhaltung des slowenischen Staates bei der Liberalisierung des Bankwesens noch außergewöhnlicher.

Darüber hinaus war es in den frühen 90er Jahren für die slowenische Politik im Bereich des Bankwesens charakteristisch, dass die verschiedenen slowenischen Regierungen zwar relativ passiv bei der Abschaffung der bestehenden Eintrittsbarrieren waren, jedoch äußerst aktiv darin neue zu setzen (Svetličič/Rojec 1998).¹ Auch darin unterschied sich die Bankenpolitik Sloweniens von der der anderen MOE-Länder und widersprach dem neoliberalen Mainstream. Tabelle 3 spiegelt die Resultate dieser andersartigen Bankpolitik (Errichtung von Eintrittsbarrieren und langsamere Privatisierung) im Vergleich zu anderen MOE-Ländern wider: So sank in Ungarn der Staatsanteil des Bankbesitzes von 74,9 Prozent im Jahr 1993 auf nur noch 8,6 Prozent im Jahr 2000. In Estland war dieser sogar Rückgang noch dramatischer - von 25,7 Prozent in 1993 auf Null Prozent sieben Jahre später. In Slowenien dagegen stieg dieser Wert zwischen 1996 und 2000 sogar noch leicht an.

Tabelle 3: Staatsanteil am Bankensektor in Prozent des Vermögenswertes der Banken

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Tschechien	11.9	17.9	17.6	16.6	17.5	18.6	23.1	28.2
Estland	25.7	28.1	9.7	6.6	0.0	7.8	7.9	0.0
Ungarn	74,9	62,8	52	16,3	10,8	11,8	9,1	8,6
Polen	86.2	80.4	71.7	69.8	51.6	48.0	24.9	24.0
Slowenien	47,8*	39,8*	41,7	40,7	40,1	41,3	41,7	42,2

Quelle: EBRD Transition Report (2001). Die mit * gekennzeichneten Werte betreffen Jahre, in denen der slowenische Staat der de facto Eigentümer der Banken war.

1 Bis 1994 war der slowenische Binnenmarkt sehr stark geschützt. Den höchsten Schutz erfuhr die verarbeitende Industrie (die auch den höchsten Anteil am slowenischen Außenhandel hat). Stark geschützt wurde auch der Kapitalgütersektor.

Nach der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU im Jahr 1997 begann die Regierung den Bankensektor grundlegend zu liberalisieren, viele Schranken abzubauen und Verhandlungen über eine Privatisierung der Banken aufzunehmen. Mit dem neuen Bankengesetz von 1999 werden schließlich wesentliche Veränderungen hin zu einer Öffnung des slowenischen Finanzsystems deutlich. Seit Inkrafttreten dieses Gesetzes ist es ausländischen Banken gestattet, Filialen in Slowenien zu eröffnen. Abgeschafft wurde zudem die verschiedene Behandlung von einheimischen und ausländischen Investoren, die Eigentumsanteile an einer slowenischen Bank erwerben wollen, sowie die Möglichkeit der Absprache zwischen Banken über maximale Guthabenzinsen. Neue Bankengruppen wurden gebildet und die Privatisierung der *Nova Ljubljanska Banka* (NLB) und der *Nova Kreditna Banka Maribor* (NKBM) in Angriff genommen.

An dieser Stelle ist es jedoch wichtig festzuhalten, dass die genannten Veränderungen nicht ohne eine rasch einsetzende und breite öffentliche Debatte durchgesetzt wurden. Die Bankenpolitik zog eine beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, inklusive permanenter Begleitung durch die Medien, Regierungserklärungen und kritischer Stimmen seitens internationaler Akteure wie der EU und des IWF. Eine jüngst abgegebene Erklärung des früheren Finanzministers und führenden slowenischen Ökonomen Jože Mencinger belegt dabei anschaulich, wie ausländische Investitionen in der slowenischen Öffentlichkeit gesehen werden:

„Die Forderungen aus dem Ausland nach einem Ende des slowenischen ‚National-Kapitalismus‘ häufen sich. Gleichwohl denke ich, dass wir genau wie andere das Recht haben, unsere Interessen und unseren Kapitalismus zu verteidigen. ... Letztlich ist es nützlich, dass man im Ausland bemerkt hat, dass Unternehmen in Slowenien nicht billig gekauft werden können. Was die Banken betrifft, so weiß ich nicht, warum die Regierung darauf drängt, diese so schnell wie möglich zu privatisieren und sie an Ausländer zu verkaufen. Der Zustrom ausländischer Währung würde den [slowenischen] Tolar unter großen Druck setzen. Es ist möglicherweise nicht zufällig, dass sich die Mehrheit der Banken in Westeuropa in einheimischem Besitz befindet, während sie in Osteuropa überwiegend in ausländisches Eigentum übergegangen sind. Bank- und Finanzpolitik ist nicht etwas, von dem wir nicht selber wüssten, wie man es macht. Es ist auch nicht erwiesen, dass ausländische Banken effektiver als einheimische sind. Nicht nur, dass Studien ... zeigen, dass die Dinge zumindest in Slowenien andersherum funktionieren: ausländische Banken verhalten sich nicht anders als einheimische, sie sind lediglich erfolgreicher darin, keine Einkommenssteuer zu zahlen“ (Panic 2002: 102).

Die zahlreichen Kontroversen über die Privatisierung des Bankensektors können als Merkmale des in Slowenien verzögerten Prozesses der Erarbeitung einer eigenen Interpretation des „Übergangs zur Marktwirtschaft“ durch die slowenischen Akteure verstanden werden. Hier deutet sich auch an, wie in Slowenien die „Rückkehr nach Europa“ unter den Rahmenbedingungen Ex-Jugoslawiens verhandelt wurde. Wichtig ist ebenfalls festzuhalten, dass über die Privatisierung der beiden größten Banken Sloweniens gegenwärtig immer noch verhandelt wird, obwohl die Anpassung an die EU-Bankrichtlinien das

gesetzliche Umfeld der slowenischen Banken bereits wesentlich veränderte. Offensichtlich ist, dass die staatlichen Akteure in Slowenien jeden möglichen Versuch unternehmen, einen Rest der Kontrolle über die Banken in ihren Händen zu behalten. Sollte der Staat in einem solch kleinen Bankensektor seine dominante Position behalten, könnten einige der implementierten liberalen Maßnahmen einen Teil ihrer die Konkurrenz fördernden Kraft einbüßen.

3.3 Fallstudie: Der Kampf der lokalen und ausländischen Brauereien

Das ambivalente Verhältnis in Bezug auf ausländische Direktinvestitionen und Investoren ist im Bankensektor am offensichtlichsten. Allerdings illustriert auch der jüngste Kampf zwischen der belgischen Brauerei *Interbrew* und der slowenischen Brauerei *Pivovarna Lasko* um die Übernahme der in Ljubljana ansässigen Brauerei *Pivovarna Union* einige der informellen Eintrittsschranken, denen sich ausländische Firmen in Slowenien gegenübersehen. Dieser Fall verdeutlicht zudem die heftige öffentliche Debatte, die sich am Thema der ausländischen Direktinvestitionen noch immer entzündet.

Der slowenische Biermarkt wurde lange Zeit von zwei einheimischen Marken dominiert: von der aus Ljubljana stammenden Marke *Union*, die besonders unter den Bierkennern der Stadt beliebt ist und von der aus Maribor stammenden Marke *Lasko*, die vor allem außerhalb der Hauptstadt getrunken wird. Die Rivalität zwischen den beiden Marken gründete dabei auf mehr als auf einer Frage des Biergeschmacks – vielmehr war die Entscheidung für eine der beiden Sorten eine Frage regionalen und nationalen Stolzes. Im November 2001 begann die belgische *Interbrew* dann einen Bieterkampf mit *Lasko* um die Kontrolle der Aktien der *Union*. Die *Interbrew* ist ein in anderen Teilen MOEs bereits etabliertes Unternehmen, das auch lokale Brauereien in Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Rumänien und in anderen Teilen Mittel- und Osteuropas gekauft hat. Während der Einstieg des Unternehmens in andere mitteleuropäische Märkte nur geringe öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog, löste die angekündigte Übernahme in Slowenien eine hitzige öffentliche Debatte aus. Der sogenannte „Krieg der Brauereien“ warf dabei in Slowenien bald größere Fragen auf, u.a. ob Privatisierung durch einheimisches oder ausländisches Kapital durchgeführt werden sollte. Höhepunkt war schließlich eine im staatlichen slowenischen Fernsehen ausgetragene Diskussion zum Thema.

Der Übernahmekampf zwischen *Interbrew* und *Lasko* beruhte zu großen Teilen auf den Aktionen zweier stark unter Regierungseinfluss stehender Fonds: dem *Rentenfonds* (KAD) und der *Slowenischen Entschädigungsgesellschaft* (SOD). *Interbrew* übernahm im Dezember den 10-Prozent-Anteil, den KAD an *Union* gehalten hatte, und kam damit auf einen Aktienanteil von insge-

samt 38 Prozent. *Lasko* behauptete daraufhin, *Interbrew* hätte das Gesetz über Firmenübernahmen missachtet. Das Unternehmen habe sein Angebot nicht öffentlich gemacht, da sein Vorhaben dann sehr wahrscheinlich von der slowenischen Marktaufsichtsbehörde gestoppt worden wäre. *Lasko*, der gerade ein knappes Viertel der *Union*-Aktien gehört, die Vermutungen zufolge jedoch indirekt mehr als die Hälfte von *Union* kontrolliert, erwarb dann zusätzlich einen 12-Prozent-Anteil am Unternehmen, welcher früher der SOD gehört hatte. Dieser Verkauf stellte sich später als eigenmächtige Entscheidung des SOD-Direktors heraus, der daraufhin durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft seines Postens enthoben wurde. Als Reaktion auf die Anschuldigungen seitens der *Interbrew* untersagte das Amtsgericht von Ljubljana der *Lasko* im Dezember 2001, ihren von der SOD erworbenen 12-Prozent-Anteil frei zu nutzen. Es stützte sich dabei auf die Tatsache, dass bei dem Vertrag über den Verkauf der SOD-Anteile Amtsmissbrauch im Spiel gewesen sei. Das Amtsgericht untersagte der *Lasko* zudem für eine bestimmte Zeit den Kauf weiterer Aktien von *Union*. Im Februar jedoch kippte der Oberste Gerichtshof die Entscheidungen des Amtsgerichtes und erlaubte der *Lasko* somit, einen neuen Übernahmekampf zu beginnen. Zur gleichen Zeit leitete die Slowenische Kartellbehörde als Reaktion auf eine Beschwerde der *Interbrew* Maßnahmen gegen *Lasko* wegen Verletzung der Kartellgesetzgebung ein. Während vor Gericht der Kampf zwischen *Interbrew* und *Lasko* geführt wurde, entbrannte eine hitzige öffentliche Debatte über ausländisches versus einheimisches Eigentum an slowenischen Unternehmen. Eine Mehr-Parteien-Koalition mit mehr als 30 Mitgliedern des Slowenischen Parlamentes reichte eine Petition ein, um eine Krisensitzung des Parlamentes über den Verkauf von *Union* an *Interbrew* zu erwirken. Die vom Vorsitzenden der Slowenischen Nationalpartei Zmago Jelincic (der trotz des Namens seiner Partei eher der „linken“ Seite des politischen Spektrums zuzuordnen ist) angeführte Kampagne rekurrierte auf ein nationales Interesse Sloweniens, die besten und wettbewerbsfähigsten Unternehmen in slowenischer Hand zu behalten. Zudem wurde die Regierung aufgefordert, den Vorsitzenden der KAD zu entlassen, weil dieser seine Anteile an *Interbrew* verkauft hatte. Dabei wurde behauptet, *Interbrew* hätte „das Geschäft bereits lange arrangiert und *Lasko* in eine ungleiche Position befördert“ (*Slovenia Business Week* 2002a). Borut Korun, der Vorsitzende einer europaskeptischen NGO namens „Bewegung 23. Dezember“ argumentierte, dass ausländische Investoren lediglich nach Slowenien kämen, um Profit zu machen und dass die EU-Mitglieder die relative Armut der Länder des früheren Ostblocks geschickt für ihren eigenen Vorteil ausnutzten (*Slovenia Business Week* 2002c).²

2 Die Geschichte des Kampfes zwischen *Interbrew* und *Lasko* um die Kontrolle von *Union* mag sich wie die klassische Geschichte von David und Goliath lesen. Dennoch ist es wichtig

Europäische Beamte schalteten sich ebenfalls in die Debatte ein. Der EU-Botschafter in Slowenien kommentierte die Auseinandersetzung mit der Bemerkung, „ausländische Direktinvestitionen seien unzweifelhaft positiv für Sloweniens Integration in die ökonomische Arena Europas“ (*Slovenia Business Week* 2000b). Spaniens Botschafter in Slowenien bemerkte, dass das Land „eine Balance zwischen der Stärkung seiner eigenen Identität und der Öffnung nach außen“ (ebd.) finden müsse. Der slowenische Premierminister Janez Drnovsek, aufgefordert, den Kampf auf einer Pressekonferenz im Januar zu kommentieren, betonte ebenfalls, dass „Sloweniens nationales Interesse durch einheimisches Eigentum nicht geschützt (sei). Das nationale Interesse sind Arbeitsplätze, Qualitätsprodukte und ein hoher Lebensstandard“ (*Slovenia Business Week* 2002a). Er fügte hinzu, dass die Regierung in diesem Kampf keine Position zugunsten einer Seite einnehmen werde, da „der Staat mit seinen Institutionen lediglich die Transparenz des Prozesses und die Einhaltung der von uns selbst aufgestellten Spielregeln sicherstellen will“ (ebd.). Die Bedeutung dieser beiden Fälle als wesentliche Bestandteile des Prozesses der zunehmenden Ausrichtung Sloweniens an Europa mag nicht sofort ins Auge fallen. Dennoch sind wir der Ansicht, dass all diese Facetten in die Analyse der „Europäisierung“ slowenischer Politik und Ökonomie eingeschlossen werden müssen. Die Auseinandersetzungen um die Restrukturierung des slowenischen Bankwesens und der „Krieg der Bauereien“ wurden über die ihnen zugrundeliegenden verschiedenen Konzepte eines slowenischen Kapitalismus ausgetragen, konkreter über verschiedene Ansichten darüber, was als europäische Praxis gilt und wie slowenische nationale Interessen in dieser Sphäre definiert sind. Die Fälle verweisen gleichzeitig auf die Politisierung ökonomischer Themen und damit auch auf eine Neudefinition der traditionellen politischen Kämpfe. Zudem stellen sie noch einmal die unklare Trennung zwischen öffentlichem und privatem Eigentum und somit auch zwischen privatem und staatlichem Handeln heraus, welche Stark (2001) zufolge zu den wichtigsten Merkmalen der mittel- und osteuropäischen Formen des Kapitalismus zählt. Obwohl die beiden Fälle Unterschiede im Verhalten des slowenischen Staates hinsichtlich der ökonomischen Restrukturierung illustrieren, verweisen sie doch beide auf eine sich wandelnde Rolle des Staates. Dies vor allem insofern, als dass die zunehmend vorherrschende Position zahlreicher außerstaatlicher Akteure in innenpolitischen Debatten – Akteure, die in einer

festzuhalten, dass *Lasko* eine aggressive Strategie verfolgte, um seinen Markt in Südost-Europa auszudehnen. Das Unternehmen kaufte im Jahr 2000 die Brauerei *Jadranskain* in Split (Kroatien) und ist gegenwärtig dabei, gegen *Interbrew* um die Kontrolle einer Reihe von Privatisierungsvorhaben in Serbien sowie um die der Brauerei *Banjalucka* in Bosnien zu kämpfen. „[*Interbrew*] kann selbstverständlich mehr ausgeben als wir“, äußerte sich dazu kürzlich ein Berater des *Lasko*-Geschäftsführers, „aber wir kennen den Markt ... die Mentalität, die Sprache“ (Heaps 2002).

konventionellen Sicht nicht als „politisch“ gelten, wie NGOs, Medien, Europa-Beamte, slowenische und ausländische Geschäftsleute – deutlich wird. Auf diese Weise heben die Fallstudien die Bedeutung einer weitaus breiteren Palette von Akteuren hervor, die sowohl innerhalb der öffentlichen und der politischen Sphäre als auch quer durch beide Sphären hindurch aktiv sind und die bei der Untersuchung des Europäisierungsprozesses mit berücksichtigt werden müssen.

4. Die Europäisierungspolitik in der Öffentlichkeit

Die beiden Fallstudien illustrieren, wie wirtschaftspolitische Entscheidungen über Direktinvestitionen aus der EU mit der öffentlichen Meinung konkurrieren bzw. oft auch gegen diese getroffen werden. Mit anderen Worten: die Fallstudien verweisen darauf, dass die „Europäisierung“ des slowenischen Kapitalismus nicht nur innerhalb der politischen Sphäre stattfindet – wie seitens der Institutionisten in Bezug auf den EU-Beitritt der MOE-Länder betont wird – sondern ebenso in der Öffentlichkeit. Zudem beleuchten sie den wechselseitigen Zusammenhang, in dem die Debatten innerhalb der jeweiligen Bereiche sowie zwischen beiden Sphären schließlich die gesellschaftlichen Resultate determinieren. Daran wird deutlich, dass der Inhalt der „Europäisierung“ auf ein wesentlich breiteres politisches Feld ausgeweitet werden muss; es sind nicht nur die sich verändernden Grenzen des Politischen zu betrachten, sondern auch auf der Inhalt jener politischen Debatten, die die „Europäisierung“ der slowenischen Politik konstituieren. Im folgenden Abschnitt untersuchen wir, wie diese Spannung zwischen den Sphären der Politik und der Öffentlichkeit in Bezug auf die „Europäisierung“ der slowenischen Politik bei der Öffnung des Marktes für ausländische Direktinvestitionen und der Privatisierung möglicherweise eine zunehmende Trennung zwischen dem offiziellen politischen Diskurs bzw. der offiziellen politischen Praxis und der öffentlichen Meinung reflektiert. Tatsächlich sind solche Spannungen ein wesentlicher Bestandteil des Europäisierungsprozesses selbst. Herauszufinden, worin die „öffentliche Meinung“ wirklich besteht, stößt allerdings auf eine Reihe von Hindernissen. Unsere Diskussion soll an dieser Stelle daher eher der Verdeutlichung als der Präsentation endgültiger Resultate dienen.

Eine Auswertung öffentlicher Meinungsumfragen zeigt, dass Slowenen recht ambivalente Haltungen hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft äußern. Auch den Ergebnissen des „Eurobarometers“ für Mittel- und Osteuropa zufolge ist die Unterstützung der EU-Integration unter der slowenischen Wählerschaft in der vergangenen Dekade zurückgegangen. So ist z.B. der Prozentsatz der Slowenen, die angaben, im Falle eines zukünftigen Referendums über eine EU-Mitgliedschaft mit Ja stimmen zu wollen, zwischen 1997 und 2001 von 62 auf 56 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum stieg der Prozentsatz der

Wähler, die eine EU-Mitgliedschaft ablehnen, von 16 Prozent in 1997 auf 22 Prozent im Jahr 2001 (Vantomme/Hersom 1999; Europäische Kommission 2001).³ Erhebungen der slowenischen Regierung offenbaren ähnliche Trends. Für unsere Zwecke ist dabei vor allem aufschlussreich, dass fast die Hälfte aller 1999 befragten Slowenen positiv auf die Frage antwortete, ob Slowenien sich auch dann erfolgreich entwickeln könne, wenn es der EU nicht beitrifft (Tos 1999). Umfrageergebnisse dieser Art deuten darauf hin, dass die Vorstellungen der regierenden Eliten hinsichtlich der Integration in die EU (wie verschieden diese im Vergleich zu anderen MOE-Ländern auch sein mögen) und die ihrer sich dazu weitaus ambivalenter äussernden Wähler weit auseinander klaffen. Dies wiederum wirft eine ganze Reihe weiterer Fragen auf, u.a. nach der demokratischen Legitimität. Um die Wirkung der „Europäisierung“ auf die öffentliche Meinung in Slowenien erfassen zu können, müssen wir an dieser Stelle unter die Oberfläche der Umfrageergebnisse blicken und konkreter fragen, wie die „Europäisierung“ in der öffentlichen Sphäre Sloweniens vermittelt wird.

Das umfassende Projekt der politischen, ökonomischen und kulturellen Integration in Europa wird in Slowenien nur selten vollkommen abgelehnt. Vielmehr werden einige qualifizierte Gegenpositionen zur Europäischen Integration formuliert, die vor allem auf nationale Interessen und/oder auf spezielle Probleme innerhalb bestimmter, durch den Annäherungsprozess geprägter Politikfelder rekurrieren (Taggart/Szczerbiak 2001). Slowenische Kritiker der Europäischen Integration – angefangen von prominenten öffentlichen Meinungsführern wie Mencinger bis hin zu locker organisierten NGOs – teilen die verbreitete Annahme, nach der die regierenden Eliten die nationalen Interessen bzw. die Interessen bestimmter Wählerschichten nicht mehr ausreichend vertreten, da sie die Bedingungen eines EU-Beitritts weitgehend unkritisch und unhinterfragt akzeptieren. Ihrem Selbstverständnis nach agieren diese Kritiker außerhalb des politischen Mainstreams. Mit ihrer Kritik wenden sie sich an die Öffentlichkeit, um dort neue und in der wählbaren Politik nicht enthaltene Forderungen zu plazieren: sie schreiben Editorials in den auf den Mainstream ausgerichteten Zeitungen, organisieren Konferenzen und Foren über europäische Themen oder gründen Nichtregierungsorganisationen wie die NEUTRO (eine Koalition, die nicht nur dem EU-Beitritt, sondern auch einem NATO-Beitritt skeptisch gegenübersteht) oder die oben genannte „Bewegung 23. Dezember“ (eine kleine NGO aus der im nordöstlichen Slo-

3 In der gleichen Umfrage im Jahr 2002 ist der Prozentsatz der Befragten, die angeben, eine EU-Mitgliedschaft zu unterstützen, nur noch in den drei baltischen Staaten niedriger als in Slowenien (Litauen 50 Prozent, Estland 38 Prozent, Lettland 26 Prozent). Entsprechend ist auch nur in drei Staaten der Prozentsatz der Wähler, die angeben, in einem Referendum zur EU-Mitgliedschaft mit „nein“ stimmen zu wollen, höher als in Slowenien (Lettland 32 Prozent, Estland 27 Prozent, Polen 26 Prozent).

wenien gelegenen Stadt Velenje, gegründet vom früheren Chef der Slowenischen Volkspartei).

In Slowenien existieren Euroskeptiker verschiedenster ideologischer Überzeugungen nebeneinander und kooperieren von Zeit zu Zeit bei ihren Anstrengungen, euroskeptische Argumente in die öffentliche Diskussion einzubringen. Dennoch sind verschiedene Quellen und Mechanismen eines Dissenses sichtbar. Eine Reihe der erwähnten Akteure sind beispielsweise der Ansicht, dass Slowenien in seiner ökonomischen Entwicklung einen eigenständigeren Pfad verfolgen und Alternativen zur neoliberalen Restrukturierung suchen sollte. Organisationen wie die „Bewegung 23. Dezember“ formulieren ihre Kritik dabei in Begrifflichkeiten, die Sloweniens Souveränität und Autonomie unterstreichen sollen und bringen Slogans wie „Stoppt den Transfer von Sloweniens Souveränität von Belgrad nach Brüssel“ hervor. Andere Akteure wie die NEUTRO argumentieren, dass die Europäische Integration zu größerer wirtschaftlicher Ungleichheit und zu einer Erosion des umfassenden Wohlfahrtssystems führen wird, das die Slowenen aus der Vergangenheit gerettet haben. So äußerte ein NEUTRO-Mitglied in einem Interview, „unsere soziale Gleichheit ist bereits durch die Einführung der neoliberalen Reformen in Gefahr. Dies ist ein Prozess, der durch die Europäische Integration nur noch beschleunigt werden wird“ (zit. nach Lindstrom 2000: 3). Organisationen wie die NEUTRO unterscheiden sich von den eher an der Souveränität Sloweniens orientierten Kritikern jedoch darin, dass sie ihre politischen Forderungen sowohl in nationalen als auch in transnationalen Begrifflichkeiten fassen. Mit anderen Worten, indem sie sich ähnlichen „progressiven“ gesellschaftlichen Organisationen in anderen EU-Mitgliedsländern und Bewerberstaaten anschließen, versuchen diese Gruppen Sloweniens Erbe der sozialen Gleichheit und Verpflichtung zu sozialer Sicherung aufrechtzuerhalten und sich gleichzeitig in eine breitere europäische Auseinandersetzung über die Europäische Ordnung einzubringen.

Die zunehmende Pluralisierung und Transnationalisierung der slowenischen Euroskeptiker geht nicht zuletzt mit der abnehmenden Akzeptanz eines „Dritten Weges“ in der politischen Arena einher, in der unter dem Einfluss der EU-Beitrittsverhandlungen langsam die Politik des Schutzes des Binnenmarktes und des Wohlfahrtsstaates modifiziert werden. Wir sehen also, dass die „Europäisierung“ der politischen Sphäre (im engeren Sinne der Anpassung an Normen und Regeln der EU) nur eine Seite der Auswirkungen des Einflusses der EU auf die slowenische Gesellschaft ist. Ebenso sind Veränderungen in der öffentlichen Sphäre Resultate dieses steigenden Einflusses der EU auf die Innenpolitik. Beides zusammen definiert erst den gesamten Prozess der „Europäisierung“.

5. Schlussfolgerungen

Wir sind gegenwärtig – auf der Ebene der institutionellen Entwicklung – Zeugen einer offensichtlichen Annäherung des slowenischen Kapitalismus an den der EU-Mitgliedsstaaten. Tatsächlich hat Slowenien, mit der letztendlichen Zustimmung zur Privatisierung des Bankensektors und zur generellen Öffnung der Wirtschaft für Direktinvestitionen aus der EU, deren Anforderungen erfüllt. Unserer Ansicht nach wird in einer solchen Feststellung aber nicht ausreichend reflektiert, dass der Prozess der zunehmenden Ausrichtung auf Europa sich nicht nur im Bereich der Politik, sondern ebenfalls in der öffentlichen Sphäre auswirkt. Erst die Betrachtung der Dynamiken dieses Prozesses in beiden Sphären sowie in ihren Wechselwirkungen ermöglicht, über die allgemeinen Fragestellungen der bekannten Europaforschung hinauszugehen und aufzudecken, in welchem Ausmaß wir tatsächlich sich annähernde Muster in Institutionen und Strukturen finden. Dies wiederum schafft Raum für die Bewertung der sich wandelnden politischen Sphäre, die zunehmend Akteure und Themen aus dem öffentlichen Bereich – national wie international – einschließt. Methodologisch deutet sich auf diese Weise gleichzeitig die Notwendigkeit an, die Top-down-Ansätze, in denen die „Europäisierung“ bisher erfasst wurde, vom Thron zu stoßen und stattdessen deren an lokale Kontexte gebundene diskursive Konstruktion zu betonen. Wir sind in diesem Aufsatz mit der Untersuchung der beiden „Seiten“ des Prozesses der zunehmenden Orientierung an Europa – der Restrukturierung des slowenischen Bankensektors und des Kampfes zwischen lokalen und ausländischen Brauereien – diesem Weg gefolgt.

Wir teilen Slavoj Žižeks (1999) vorsichtigen Optimismus, dass die Bewerberstaaten Mittel- und Osteuropas bei ihrer Aufgabe, die konfligierenden und sich oft auch widersprechenden Forderungen aus dem nationalen und transnationalen Bereich zu bewältigen, eine privilegierte Position innehaben, die es ihnen eventuell ermöglicht, kreative Auswege aus dem Dilemma zu finden. Unserer Ansicht nach hat Slowenien einen derartigen Ausweg bereits gefunden: Das Land ist einem alternativen Pfad von der Peripherie nach Europa gefolgt und hat damit die neoliberale Logik in Frage gestellt, nach der es für Mittel- und Osteuropa keine Alternative zum neoliberalen Weg geben könne. Die Anerkennung dieses Weges erfordert jedoch auch, dass die EU-Erweiterung, so wie sie sich gegenwärtig präsentiert, neu überdacht wird. Die Zentrum-Peripherie-Analysen der „Europäisierung“ neigen dazu, die Verhältnisse als Top-down-Beziehungen darzustellen. Bei ihrer ausschließlichen Betrachtung der politischen Sphäre übersehen sie aber nicht nur den Einfluss des öffentlichen Bereiches, sondern sind gleichzeitig auch nicht in der Lage, die Entstehung transnationaler öffentlicher Beziehungen zu erklären. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund von Bedeutung, dass sich die oben vorgestellten slowenischen Akteure selbst nicht nur als aktive Teilnehmer in der

politischen Arena Sloweniens, sondern auch der Europas begreifen. Es ist daher auch politisch wichtig, die Prozesse der Ausrichtung an Europa innerhalb eines weitaus breiter angelegten europäischen politischen Raumes neu zu konzeptionalisieren.

Aus dem Englischen übersetzt von Lydia Heller

Literatur

- Bevan, Alan; Estrin, Saul; Grabbe, Heather (2001): *The impact of EU accession prospects on FDI inflows to central and eastern Europe*, Policy paper 06/01, ESRC "One Europe or Several?" Programme Sussex European Institute, University of Sussex.
- Bibic, Adolf (1996): Slovenia's Political Society Before the Challenges of Europeanization, in: Fink-Hafner, Danic/Cox, Terry (eds.): *Into Europe? Perspectives from Britain and Slovenia*. Ljubljana: Faculty of Social Sciences.
- Borak, N. (2000): Western Rules for Eastern Banking, in *Post-Communist Economies*, Vol 12, No. 3, 293-306.
- Böröcz, József (2000): The Fox and the Raven: The European Union and Hungary Renegotiate the Margins of 'Europe', in *Comparative Studies in Society and History* Vol. 4, 847-875.
- Bourdieu, Pierre (1991): *Language and Symbolic Power*. Cambridge: Polity Press.
- Estrin, Saul/Holmes, Peter (1998): *Competition and Economic Integration in Europe*. UK: Edward Elgar.
- European Commission (2001): *Applicant Countries Eurobarometer 2001: Public Opinion in the Countries Applying for European Union Membership*. Brussels: European Commission.
- Grabbe, Heather (1999): *A Partnership for Accession? The Implications of EU Conditionality for the Central and East European Applicants*. Robert Schuman Centre Working Paper 99/12. Florence: European University Institute.
- Hay, Colin (2000): Contemporary Capitalism, Globalization, Regionalization and the Persistence of National Variation, in: *Review of International Studies*, Vol. 26, 509-531.
- Heaps, Toby (2002): Small [Beer] is Beautiful, in *Corporate Knights* (www.corporateknights.ca), 27 May.
- Hunya, Gabor (2001): International Competitiveness: Impact of FDI in Hungary and Other Central and Eastern European Countries, in Heike, Jons and Meusburger, Peter (eds.): *Transformations in Hungary*. Heidelberg: Physica-Verlag.
- Jacoby, Wade (2002): *Ordering From the Menu: How Central and East European States Cope with EU Demands for Institutional Reform*. Paper presented for the Conference of Europeanists. Chicago, IL. March 14-16, Rom, Ms.
- Leander, Anna (2001): Pierre Bourdieu on Economics, in: *Review of International Political Economy*, Vol. 8, No 2, 344 - 353.
- Lindstrom, Nicole (2000): Rethinking Sovereignty: The Politics of European Integration in Slovenia, in: *The Fletcher Forum of World Affairs*, Vol. 24, No. 2, 30 - 45.
- Marks, Gary; L. Hooghe; and K. Blank (1996): European Integration from the 1980s: State-Centric versus Multi-Level Governance, in *Journal of Common Market Studies* Vol. 34, 341 - 79.
- Mrak, M. (1996): Becoming a 'Normal' Country in the International Financial Community, The Case of Slovenia, in: Fink-Hafner, Danic/Cox, Terry (eds.): *Into Europe? Perspectives from Britain and Slovenia*. Ljubljana: Faculty of Social Sciences, 251 - 274.
- Panic, Sasa (2002): Interview with Jože Mencinger: The Flags and the Drumbeats Terror, in: *The South Slav Journal*, Vol. 23, No 1-2 (Spring/Summer), 23 - 46.
- Rupnik, Jacques (2000): Eastern Europe: The International Context, in *Journal of Democracy* Vol. 12: 115-129.
- Sachs, Jeffrey D./Pleskovits, Boris (1994): Political Independence and Economic Reform in Slovenia, in: Blanchard, Olivier Jean/Froot, Kenneth A./Sachs, Jeffrey (Hrsg.): *The Transition if Eastern Europe*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Sirc, L. (2001): Transition: Privatisation and Private Property, in *The South Slav Journal*, Vol. 22, 70-84.
- Slovenian Business Week* (2002a): National Interest is Not Safeguarded by Domestic Ownership, Prime Minister Believes. No. 2, 14 January.

- Slovenian Business Week* (2002b): European Commission Trusts Slovenian Anti-Trust Authorities. No. 2, 14 January.
- Slovenian Business Week* (2002c): Balance Between Slovenian and Foreign Capital is Important. No. 2, 14 January.
- Smith, Karen (1997): *The Use of Political Conditionality in the EU's Relations with Third Countries: How Effective?* EUI Working Papers, SPS No. 97/7. Florence: European University Institute.
- Stark, David (1998): Recombinant property in East European capitalism, in: Callon, Michel (Hrsg.) *The Laws of the Markets*. New York: Blackwell, 116-146.
- Stiblar, F. (1996): Bank Rehabilitation in Slovenia: With Emphasis on Nova Ljubljanska Banka, in: Blejer, M.I./ Skreb, Marko (eds.): *Financial Sector Transformation, Lessons from Economies in Transition*. Cambridge, UK: Cambridge University Press, 334-367.
- Svetlicic, M./Rojec, Mateja (1998): Short Review of the Slovenian Economy and Foreign Investment in Slovenia, in *Eastern European Economics*, Vol. 36, No. 5, 60-72.
- Taggart, Paul and Aleks Szczerbiak (2001): *Crossing Europe: Patterns of Contemporary Party-Based Euroscepticism in EU Member States and the Candidate States of Central and Eastern Europe*. Paper presented at the annual meeting of the American Political Science Association, August 29, 2001, Rom. Ms.
- Tos, Niko (1999): *Staliska slovencev o evropskem zdruzevanju in pridruzevanju EU*. Ljubljana: Public Opinion and Mass Communication Research Center.
- Van Apeldoorn, B. (2001): The Struggle Over European Order: Transnational Class Agency in the Making of 'Embedded Neoliberalism', in: Bieler, A./Morton, A. (eds.): *Social Forces in the Making of the New Europe: The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy*. Houndsmill: Palgrave, 70-92.

www.dampfboot-verlag.de



Renate Langewiesche/András Tóth
Die Einheit Europas
 Zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen
 Dimension der EU-Erweiterung
 2002 – 227 Seiten – € 24,80 – SFR 42,90
 ISBN 3-89691-524-X

Ulrike Jureit
Politische Kollektive
 Die Konstruktion nationaler, rassischer
 und ethnischer Gemeinschaften
 2001 – 255 Seiten – € 24,80 – SFR 45,00
 ISBN 3-89691-509-6



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
 Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020 · e-mail: info@dampfboot-verlag.de